

Wohngeld soll erhöht werden

BERLIN Die Bundesregierung will das Wohngeld erhöhen. Die zuständigen Ministerien für Arbeit und Finanzen hätten sich mit seinem Haus entsprechend geeinigt, teilte Bundesamminister Wolfgang Tiefensee am Donnerstagabend in Berlin mit. Details nannte er nicht. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und Arbeitsminister Olaf Scholz (alle SPD) hatten sich zuvor in einem gemeinsamen Schreiben für eine Erhöhung des Wohngeldes sowie für eine Weiterentwicklung des Kinderzuschlags stark gemacht.

„Damit gibt es jetzt sehr schnell eine Möglichkeit, gerade einkommensschwache Arbeitnehmer und Rentner angesichts der gestiegenen Energiepreise zu entlasten“, erklärte Tiefensee. Die Einzelheiten würden noch ausgearbeitet. Eine Sprecherin Tiefensees erklärte, es werde sich um eine „spürbare Erhöhung“ handeln. Tiefensee war vor drei Wochen mit dem Vorschlag der Wohngelderhöhung an die Öffentlichkeit gegangen. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hatte sich zunächst skeptisch gezeigt. AP

Zitat

„Nach den Kommunalwahlen werde ich kaltblütig die sich aufdrängenden Entscheidungen fällen.“

Der französische Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy in einer Warnung an innerparteiliche Kritiker



Krankenhäusern fehlen Milliarden

OFFENBACH/BERLIN Die Bürokratie in Krankenhäusern ist nach Einschätzung eines Klinikverbandes kaum noch zu bewältigen. „Wir schleppen inzwischen waschkorbeweise Akten durch die Gegend“, sagte Hans-Ulrich Schmidt, Vorsitzender des Vereins der kommunalen Großkrankenhäuser Hessen. Ursache dieses „bürokratischen Wahnsinns“ sei die Abrechnung der Fallpauschalen zur Einrechnung der Krankenhausleistungen. Die Krankenkassen zweifelten seit Einführung dieses Abrechnungssystems immer häufiger die Rechnungen der Kliniken an, sagt Schmidt.

Außerdem droht den rund 2100 deutschen Krankenhäusern binnen bis zu drei Milliarden Euro. Allein 2008 würden 2,2 Milliarden Euro fehlen, wenn sich die Gewerkschaften Marburger Bund und Verdi in den gegenwärtigen Lohnrunden mit ihren Forderungen durchsetzen, heißt es in einer Studie, die das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) im Auftrag der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) erstellt hat. dpa

Rückschau

8. Februar

1928 Vor achtzig Jahren
Das Genfer Protokoll (17.6.1925) über ein Verbot der Verwendung von Giftgas und bakteriologischen Mitteln im Krieg tritt in Kraft.

1963 Vor 45 Jahren
Im Irak wird Präsident Abd el Karim Kasseem von jungen Offizieren erschossen, seine Leiche wird im Fernsehstudio vorgeführt.

2007 Vor einem Jahr
Die palästinensischen Parteien Hamas und Fatah einigen sich auf einem Versöhnungsgipfel in Mekka auf die Bildung einer gemeinsamen Regierung.

Kinderbetreuung wird wieder Zankapfel

BERLIN SPD legt Veto ein gegen Zuschuss für Eltern, die sich um Nachwuchs selbst kümmern

Von Rudi Wais

Nach dem Streit um den Kinderfreibetrag bahnt sich in der Koalition nun ein neuer Hauskrach um den Ausbau der Kinderbetreuung an. „Das Vorhaben liegt auf Eis“, betont die SPD-Expertin Christel Humme. Weil die Union auf dem umstrittenen Zuschuss für Eltern bestehe, die sich in den ersten drei Jahren selbst um ihre Kinder kümmern, hätten das Arbeits- und das Finanzministerium inzwischen ihr Veto gegen das Krippengesetz eingelegt. Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) allerdings ist sich sicher: „Ich bin fest davon überzeugt, dass es in Kürze zu einer Einigung mit der SPD kommt.“

Glaubenskrieg Hinter den Kulissen tobt bereits seit November ein Glaubenskrieg um die so genannte Herdprämie. Die SPD hält dieses Betreuungsgeld für „bildungspolitisch problematisch“. Kinder aus sozial schwierigen Verhältnissen, warnt die Abgeordnete Humme, würden dann wieder aus den Kindergärten genommen. Die Union dagegen will jungen Familien die Wahl lassen: Wird das Kind von einer Tagesmutter oder in einer Krippe betreut – oder bleibt ein Elternteil die ersten drei Jahre zu Hause und erhält dafür eine Entschädigung von etwa 150 Euro im Monat? Dieses Betreuungsgeld, betont der CSU-Familienpolitiker Johannes Singhammer, sei „ganz eindeutiger Elternwille“. In Umfragen hätten sich bis zu 80 Prozent der Befragten dafür ausgesprochen – „über alle Parteigrenzen hinweg“.

In Gefahr Kompliziert wird die Angelegenheit dadurch, dass ein Gesetz beides regeln soll: das Betreuungsgeld, das ab dem Jahr 2013 gezahlt werden soll – und den zwölf Milliarden Euro teuren Ausbau der



Spielende Kinder in einer Dresdner Krippe. Über den Weg zum Ausbau der Kinderbetreuung streitet die Große Koalition erneut. Foto: AP

Hintergrund

Kinderkrippen-Reform

Bund, Länder und Gemeinden hatten sich darauf verständigt, von diesem Jahr an bis 2013 die Zahl der Betreuungsplätze für Unter-Dreijährige in Krippen, in Kindergärten

oder bei Tagesmüttern auf 750 000 zu verdreifachen. Damit bestünde ein Angebot für rund ein Drittel der Mädchen und Jungen in dieser Altersgruppe, was europäischem Standard und der bundesweit erwarteten Nachfrage entspricht. AP

Großspender üben Druck auf Unicef aus

Von Stephan Köhnlein

FRANKFURT/MAIN Wegen der Quereilen bei Hilfsförchungen nun auch andere Unicef-Organisationen um ihr Image. „Es ist nie förderlich, wenn vermeintlich oder real Unregelmäßigkeiten vorkommen“, erklärte etwa Caritas-Präsident Peter Neher. Unicef droht nach dem Ausstieg von Tausenden Dauerspendern mittlerweile der Abringung von Großsponsoren. So erwägt das Unternehmen Payback einen Rückzug, falls das Kinderhilfswerk keine personellen Konsequenzen aus den Vorwürfen über die Verschwendung von Spenden zieht. Ungeachtet dessen ging

der interne Streit bei der Organisation weiter.

Der Geschäftsführer des Rabattpunktes-Unternehmens, Payback, Alexander Rittweger, betonte, sei „in großer Sorge“ über die mangelnde Fähigkeit, „durch eindeutige Worte und Taten Schaden von bisher untadeligen Unicef-Image abzuwenden“, zitiert „Spiegel-Online“ aus einer E-Mail Rittwegers an das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen.

Man hoffe nun, dass Unicef den Ernst der Lage erkenne und rasch die richtigen – auch personellen – Konsequenzen ziehe. Andernfalls müsse Payback seinen Mitgliedern „eine andere Organisation für ihre

Punktespenden anbieten“. Das Unternehmen hat nach eigenen Angaben in den vergangenen acht Jahren mehr als zwei Millionen Euro für Unicef gesammelt.

„Geht auch billiger“ Bei Unicef betragen die Verwaltungs- und Werbungskosten etwa 18 Prozent – zu viel für eine Hilfsorganisation, wie auch das bischöfliche Hilfswerk Adveniat findet. „Es geht deutlich billiger“, betont Sprecher Christian Frelver und verweist auf die Quote von nur 6,2 Prozent bei Adveniat.

Die frühere Unicef-Chefin Heide Simonis wies Vorwürfe wegen der Krise zurück. „Das Problem von

Unicef ist auf jeden Fall nicht Simonis“, sagte sie der „Frankfurter Rundschau“. Ihr Nachfolger Reinhard Schlagintweit hielt dem entgegen, dass Simonis zwei Jahre lang Vorsitzende gewesen sei und nie etwas beanstandet habe, obwohl ihr schwere Vorwürfe zu Ohren gekommen seien. „Erst als die Presse davon berichtete, ging sie plötzlich auf Distanz.“

Trotz der Kritik an Unicef stellt die Caritas bisher keinen Rückgang der Spendenbereitschaft fest, wie ihr Chef Neher im Deutschlandradio Kultur erklärte. Genauere Auswirkungen seien jedoch noch nicht absehbar.

Festnahme nach Griff in die Parteikasse

NPD-Schatzmeister Kemna soll 627 000 Euro veruntreut haben – Parteizentrale und -verlag durchsucht

MÜNSTER/BERLIN Wegen des Verdachts der gewerbsmäßigen Untreue ist der Schatzmeister der NPD, Erwin Kemna, gestern festgenommen worden. Kemna soll mindestens 627 000 Euro von Konten der rechtsextremistischen Partei für sich selbst abgezweigt haben, wie der leitende Münsteraner Oberstaatsanwalt Hans-Josef Wagner mitteilte. Wegen Verdunkelungs- und Fluchtgefahr hat das Amtsgericht Münster Haftbefehl erlassen, sagte Wagner.

Seit dem Morgen wurden Räume im persönlichen und geschäftlichen Umfeld des 57-Jährigen in Ladbergen, Lengerich und Osnabrück untersucht. Dutzende Polizisten durchsuchten zudem stundenlang die Zentrale der NPD in Berlin und die Verlags GmbH der Parteizeitung im sächsischen Riesa, um mögliche Beweise sicherzustellen.



Die Bundeszentrale der NPD in Berlin-Köpenick wurde durchsucht. Foto: dpa

Seit Anfang 2004 hat Kemna in mindestens 65 Fällen Geld von Konten der NPD über Umwege auf das Geschäftskonto einer von ihm als Geschäftsführer betriebenen Küchen GmbH geleitet, berichtete Wagner. Die Einzelbeträge beliefen sich auf bis zu 55 000 Euro.

Auf die Spur des Schatzmeisters kamen die Ermittler vor knapp ei-

nem Jahr durch die Geldwäscheverdachtsanzeige einer Bank, der dubiose Transaktionen aufgefallen waren, wie Peter Opendenstein vom Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen berichtete. Seit März 2007 werde ermittelt. Kemna hatte den Ermittlern zufolge zwischen sieben und 15 Konten bei verschiedenen Banken, was die lange Dauer der Ermittlungen erkläre. „Unmengen von Kontobewegungen mussten ausgewertet werden“, sagte Wagner.

Der leitende Oberstaatsanwalt betonte, die Ermittlungen richteten sich ausschließlich gegen Kemna. Die Durchsuchungen bei der Deutschen Stimme Verlags GmbH und in der NPD-Geschäftsstelle seien so genannte Durchsuchungen bei Dritten, es gebe aber keine weiteren Beschuldigten in dem Ermittlungsverfahren.

Im November hatte der ehemalige NPD-Landesvorsitzende von Thüringen, Frank Goltkowski, im „Spiegel“ den Vorwurf erhoben, dass die NPD mit fingierten Quittungen und falschen Abrechnungen ihr Spendenaufkommen künstlich in die Höhe getrieben habe und deshalb zu Unrecht Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung in ihre Kasse geflossen seien. Demnach solle die Parteiführung illegale Machenschaften gedeckt haben. Kemna hatte die Vorwürfe damals zurückgewiesen.

NPD-Pressesprecher Klaus Beier sagte, von der Razzia ist man überrascht worden. Zu dem schwebenden Verfahren wollte er nicht Stellung nehmen. „Soviel kann ich aber sagen: Politisch kann uns keiner den Garaus machen, deshalb versucht man es jetzt offenbar über die juristische Schiene.“ AP

Kurz notiert

Harte Töne gegen Moskau

MÜNCHEN US-Präsidentschaftskandidat John McCain hat harte Töne gegenüber Russland ange-schlagen. In der „Süddeutschen Zeitung“ schrieb der republikanische Senator: „Wir brauchen einen einheitlichen Ansatz des Westens gegenüber einem revanchistischen Russland“. McCain sprach sich für einen Ausschluss Russlands aus der Gruppe der führenden Industrieländer aus. dpa

Linke Opfer rechter Gewalt

BERLIN Rechtsextreme Schläger fallen in Berlin immer häufiger über Linke her. Nach einer Studie des Verfassungsschutzes werden Linke und vermeintliche Linke in zwischen häufiger Opfer von rechten Attacken als Ausländer. Hintergrund sei das Erstarken rechts-extremistischer autonomer Aktionsgemeinschaften vor allem in östlichen Bezirken der Hauptstadt, heißt es in dem 84-seitigen Bericht. dpa

Mehrheit für Ypsilanti

KÖLN Andrea Ypsilanti ist für eine Mehrheit der Deutschen die klare Wahlsiegerin in Hessen. 50 Prozent sind einer Umfrage zufolge der Ansicht, dass die SPD-Spitzenkandidatin die künftige Landesregierung führen sollte. Nur 33 Prozent möchten Roland Koch weiter im Amt des Ministerpräsidenten sehen. AP

Stammzellen-Anträge

BERLIN 52 Abgeordnete aus mehreren Bundestagsfraktionen unterstützen inzwischen den Antrag des CDU-Parlamentarier Hubert Hüppe für die Abschaffung der Forschung mit menschlichen embryonalen Stammzellen. Damit liegen jetzt für die Debatte über die umstrittene Stammzellenforschung in der nächsten Woche im Bundestag vier Anträge vor. dpa

Kopftuchverbot vor Aus

ANKARA Erstmals in der jüngeren Geschichte der Türkei sollen Frauen mit streng islamisch gebundenem Kopftuch an den Hochschulen des Landes studieren dürfen. Nach einer turbulenten Debatte hat die angestrebte Aufhebung des umstrittenen Kopftuchverbots die erste Hürde im Parlament genommen. dpa

Neues Kirchenoberhaupt

ATHEN Die griechisch-orthodoxe Kirche hat ein neues Oberhaupt: Die Bischofssynode in Athen wählte den bisherigen Bischof der mitteleuropäischen Kleinstadt Theben, Ieronymos. Ieronymos ist Nachfolger des verstorbenen Erzbischofs Christodoulos. dpa

Kandidaten-Ausschluss

TEHERAN Fünf Wochen vor den Parlamentswahlen im Iran hat der frühere Präsident Mohammed Chatami den Ausschluss von vermutlich mehr als 2000 Reformkandidaten als „Katastrophe“ bezeichnet. Bedenklich sei es, dass mit diesem Vorgehen das Votum der Iraner vorbestimmt werde. dpa

„Scharia unvermeidlich“

LONDON Der Erzbischof von Canterbury, das geistliche Oberhaupt der Anglikanischen Kirche, hält die Einführung einiger Teile des islamischen Rechts für „unvermeidlich“. Das Vereinte Königreich müsse „der Tatsache ins Auge blicken“, dass sich einige der Bürger nicht mit britischem Recht identifizieren, sagte Rowan Williams. dpa

HEILBRONNER
STIMME

Redaktion Politik

Allee 2 | 74072 Heilbronn

Tel. 07131 / 615-0 | Fax 07131 / 615-407

-341 Leitung: Detlef Hintze (hin)

-335 Siegfried Lambert (sl)

-768 Dr. Gernot Stegert (sg)

-347 Dr. Wilfried Werner (wer)

-342 Bernd-Rainer Intemann (bri)

-249 Jens Dierolf (jd)

-288 Marcel Auermann (maa)

-266 Heidemarie Seifert (sei)

E-Mail politik@stimme.de